

Embargo: bis zur Veröffentlichung
Es gilt das gesprochene Wort!

Die orthodoxe Kirche und die Menschenrechte. Eine Bestandsaufnahme

RADU PREDA
UBB/INTER

Die Auseinandersetzung der orthodoxen Kirche und Theologie mit dem Themenkomplex der Menschenrechte stellt ein Wagnis und eine Notwendigkeit dar. Das Wagnis dabei besteht in dem Vorhaben, die orthodoxe Theologie und Kirche nach dem Kommunismus mit der Moderne als solche ins Gespräch zu bringen. Wie schwierig das sein kann, lässt sich anhand der Blessuren messen, die der Totalitarismus hinterlassen hat. Nach einem der grausamsten Sozialexperimente des 20. Jahrhunderts, durchgeführt wohlgernekt in Namen der Vernunft und des Fortschritts als zwei exemplarischen Merkmalen der Moderne, befinden sich nun die postkommunistischen und mehrheitlich orthodoxen Länder Osteuropas unübersehbar in einem schwierigen Prozess der Selbstfindung. Wie nicht anders zu erwarten, kommt es bei diesem Prozess zu einer starken Polarisierung zwischen denen auf, die sich „zurück“ sehnen, und jenen, die nach „vorne“ wollen. Die Rückbesinnung auf die vom Kommunismus brutal abgebrochenen Traditionen bedeutet ja für viele verunsicherte Menschen oft die einzige verlässliche Antwort auf die Herausforderungen, vor die uns die letzten zwanzig Jahre gestellt haben. Dabei wird die wiedererlangte Freiheit zwar generell begrüßt, aber der Umgang mit ihr – von der medialen Überflutung bis hin zum vielbeschworenen moralischen Verfall – weckt ein diffuses und zugleich tiefes Unbehagen. Diejenigen, die nur nach „vorne“ möchten, laufen oft Gefahr, allzu schnell die Lektionen der jüngsten Geschichte auszublenden, das Vergangene zu vergessen und blind ihre ganze Energie in eine vermeinte positive Zukunft zu investieren. Deshalb erscheint der Übergang vom Totalitarismus zur liberalen Demokratie viel problematischer, ja gefährlicher zu sein, als die Diktatur selbst. Einer schmerzhaften Einfügung in ein autokratisches System folgt nun eine ebenfalls als schmerzlich empfundene Akklimatisierung an ein neues, gesellschaftliches, politisches und kulturelles Paradigma. In diesem verschachtelten und auf mehreren Ebenen gleichzeitig ablaufenden Prozess, spielt die orthodoxe Kirche die Rolle der Beschützerin von religiösen und nationalen Werten, die unterzugehen drohen. Viele verlangen von der Kirche, der Hort des Glaubens und der ethnischen Identität zu sein. Andere dagegen erwarten sich von der Kirche auch zivilgesellschaftliches Engagement. Ohne hier eine allzu vereinfachte Skizze einer komplexen Situation zu zeichnen, kann doch festgehalten werden, dass sich die orthodoxe Kirche in vielen Ländern auf einem Scheideweg zwischen neu und alt, zwischen Transition und Tradition befindet.

Die Notwendigkeit, die europäische Orthodoxie mit der Moderne in Kontakt zu bringen und auch halbwegs zu versöhnen, ergibt sich vor allem aus der neuen geopolitischen Situation. So befinden sich von den weltweit 16 kanonischen, autokephalen und autonomen orthodoxen Kirchen 12 in Europa und davon 8 in Ländern der EU. Die Orthodoxie ist also längst keine „orientalische“ Realität mehr und zählt inzwischen zum festen Bestandteil der europäischen Gesellschaft. Dies hat Konsequenzen. Eine davon ist politischer Natur und betrifft die Frage der öffentlichen Relevanz der Orthodoxie bzw. ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung. Obwohl die Orthodoxie zwar ein hohes Ansehen in jenen Ländern genießt, in denen sie die Mehrheitskirche stellt, ist ihr tatsächlicher Einfluss dort vielfach auf die bloße Durchsetzung ihrer eigenen, kirchlichen Interessen begrenzt. Hier ist auf die bedauernde Tatsache zu verweisen, dass die Kirche ihre Stimme nur selten für allgemeine und die Gesellschaft wichtige Themen erhebt. So sind beispielsweise die Arbeitslosigkeit, die soziale Ungleichheit oder die endemische Korruption kaum Gegenstand der theologischen Reflexion, der pastoralen Verkündigung oder einer offizieller, kirchlicher Stellungnahmen. Dieses Fehlen eines Gleichgewichts zwischen dem vorhandenen diakonischen Engagement der Kirche und der Ausübung einer prophetischen Funktion in der Gesellschaft, führt zu dem traurigen Paradoxon, dass die Kirche nicht als unmittelbare soziale und gesellschaftliche Instanz wahrgenommen wird, trotz tausender karitativer Projekte, welche die orthodoxe Kirche in Osteuropa seit zwei Jahrzehnten initiiert und umsetzt, oft auch mit Hilfe der Kirchen aus dem Westen. Ganz im Sinne der Zeit im Kommunismus, lässt sich so die Kirche in der Öffentlichkeit auf das Liturgische reduzieren. Anders ausgedrückt, mangelt es also immer noch an einem ethischen Interesse und Engagement, das das liturgische und philanthropische Leben der Kirche notwendigerweise ergänzen müsste. Gesellschaftspolitisch folgt daraus langfristig, dass sich die Umsetzung eines christlichen und demokratischen Programmes verzögert, welches in der Lage wäre, Länder wie Rumänien, Serbien oder sogar Russland aus einem endlosen Transitionsprozess herauszubringen und zum Aufbau einer neuen und verantwortungsvollen politischen Klasse beizutragen.

Wie ich schon an anderen Stellen zum Ausdruck brachte, besteht das grösste und in allen postkommunistischen Ländern bekannte Problem nach zwanzig Jahren Postkommunismus immer noch im heillosen Mix von alt und neu, von Kontinuität und Erneuerung. Der Kommunismus ist nicht demoliert bzw. dem Boden gleichgemacht worden, sondern er wurde modifiziert. Und wie bei einer Grosssanierung üblich, blieb dabei ein Grossteil der Aussenmauern und der Tragkonstruktionen stehen, so dass das neue Gebäude viele Elemente des alten in sich trägt. Zugegebenermassen handelte es sich nicht um eine bloße Fassadenerneuerung. Die maroden Installationen, die Innenwände und sogar das Mobiliar wurden nagelneu angeschafft. Aber trotz der nicht zu leugnenden Erneuerungen, stützt noch immer das Alte das Neue und bildet dessen eigentliches Fundament. Wenn diese bauliche Metapher auch nicht besonders einfallsreich

erscheint, so mag sie doch helfen, die Dialektik zwischen Kontinuität und Erneuerung im Postkommunismus besser zu verstehen. Die sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen der letzten zwanzig Jahre sind unübersehbar von einer Verquickung determiniert, als Phänomen einer moralisch belasteten und belastenden Vernetzung von mehr oder weniger demokratisch legitimierten Kräften, deren Beitrag zur Entwicklung einer freien und selbstbestimmenden Gesellschaft nur sehr gering ist. Man kann ja sagen, dass die zarten Fortschritte, die in Osteuropa doch gemacht worden sind, trotz dieser am Alten haftenden Neonomenklatur zu Stande kamen. Ohne hier einer simplen Schwarz-Weiss-Malerei zu verfallen, hat die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte gezeigt, wie anpassungsfähig und mutabel die kommunistischen Kader sind. Da dem Kommunismus überhaupt kein Prozess gemacht worden ist, infolge dessen eine wirksame und notwendige Entkommunistisierung durchgeführt werden hätte können, ist der Übergang von alten Machtstrukturen in neue politische Realitäten nicht nur reibungslos, sondern auch juristisch völlig gedeckt über die Bühne gegangen. Wenn dann noch die langsamen und nur zögerlich erfolgten Wiedergutmachungen im Bereich der Besitzverhältnisse und die dubiosen Privatisierungen dazugenommen werden, welche ja grösstenteils in den Händen der zu Oligarchen mutierten Kader lag, dann zeichnet sich ein nicht besonders motivierendes Bild des Postkommunismus.

Die einzige Chance in dieser Situation, neue Perspektiven zu gewinnen, scheint mir in einer echten Mentalitätsänderung zu liegen, welche in der Aneignung einer auf die Menschenrechte basierenden politischen Kultur besteht. Es ist nicht von ungefähr, dass das Charakteristikum aller politischen Kräfte, die den Sprung vom Totalitarismus zur jetzigen Form von Demokratie geschafft haben, eine mehr oder weniger auffällige Missachtung der Menschenrechte und des Menschen im Allgemeinen ist. Macht wird dabei als Selbstzweck aufgefasst und ausgeübt und nicht als Instrument zum Aufbau des Gemeinwohls betrachtet. Die Folgen dieser Mentalität sind allgegenwärtig zu spüren, von oben nach unten, besonders im Verhältnis der normalen Bürger zu den Behörden oder in der Gesetzesauslegung der Justiz. Um nur ein Beispiel zu erwähnen: Rumänien hat 2008 die Rekordsumme von 12,2 Millionen Euro an seine Bürger als Folge der Prozesse vor dem Strassburger Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zahlen müssen, deutlich mehr als die Türkei (5,7 Millionen Euro) oder sogar Russland (3,7 Millionen Euro), Länder die wohlgerne nur Mitglied des Europarates und nicht der EU sind.

Eine wichtige Rolle, die Gesellschaft und die Politik für eine Kultur der Menschenrechte zu gewinnen, könnte in Osteuropa die orthodoxe Kirche übernehmen. Für die meisten in Westeuropa stellt es eine Selbstverständlichkeit dar, aber das zugrundeliegende Menschenbild einer Gesellschaft und ihrer politischen Klasse ist von eminenter Bedeutung. Eine der schwierigsten Aufgaben nach dem Fall des Kommunismus scheint deshalb in der Revision des Menschenbildes zu liegen.

Hierin besteht für die orthodoxe Kirche eine sehr wichtige Aufgabe, die ihr als kulturelle und gesellschaftliche Grösse zukommt. Das Problem auf diesem Weg liegt nun aber darin, dass die Orthodoxie nicht geringe Vorbehalte gegenüber dem die Moderne charakterisierenden Konzept der Menschenrechte vorbringt. Die orthodoxe Hermeneutik der Menschenrechte, die das russische Dokument von 2008 auf die Spitze trieb, wurde vielfach thematisiert. Die hauptsächlichsten Kritikpunkte von Seiten der Orthodoxie liegen dabei, sehr kurz gefasst, in der Betonung des Individuums (welches als Gegenpol zur theologischen Auffassung über die menschliche Person gerichtet erscheint), und in der Betonung der Allgemeinheit bzw. Universalität (welche gegen das Spezifische oder das Nationale gerichtet zu sein erscheint). Es wären hier sicherlich noch andere Aspekte zu erwähnen, die es beim Konzept der Menschenrechte aus orthodoxer Sicht zu kritisieren gilt. Aus Platzgründen müssen wir uns hier auf die zwei erwähnten Punkte beschränken.

Die bedeutungsmässige Differenzierung zwischen Individuum und Person ist an sich diskutabel. So verweist das Konzept des Individuums auf eine rechtliche Realität, der nicht automatisch die theologische Definition der Person entspricht aber auch nicht widerspricht. Die Person wird eher von der Gemeinschaft her definiert, so dass der Mensch durch die Teilnahme an der Gesellschaft (und Kirche) zur Person „gemacht“ wird. Das Ziel der Menschenrechte ist es hingegen, den Menschen als solchen (also ohne weitere Vorbestimmungen, eben als Individuum) vor den Übergriffen des Staates (siehe Verfolgung oder Folter während des Kommunismus) oder sogar einer Glaubensgemeinschaft (siehe die Schwierigkeiten, die ehemalige Mitglieder von bestimmten Sekten haben oder die Todesurteile im Falle der Bekehrung vom Islam zum Christentum) zu schützen. Einfach ausgedrückt, ohne den Schutz der Rechte des Individuums sind die Rechte der Person auch nicht einzuhalten. Fest verankert in der biblischen Anthropologie, beabsichtigen nun die Menschenrechte, einen minimalen Konsens über die verschiedenen, religiösen und politischen Auffassungen über den Menschen hinweg zu formulieren, so dass der Mensch und seine Würde unter allen Lebensumständen respektiert werden. Jene Kritiker der Menschenrechte, welche die Person als theologische Wirklichkeit durch die Fokussierung auf das Individuum gefährdet sehen, vergessen dabei wohl, dass etwa die personalistische Theologie des Christentums die Tötung anderer Menschen nicht verhindern konnte. Ob die Kritiker es wahrhaben wollen oder nicht, die Menschenrechte wurden letztendlich als Antwort auf diese tragischen Unkonsequenzen des (christlichen) Staates und der Kirche (generell gesprochen) artikuliert und formuliert.

Was das Verhältnis zwischen der allgemeinen (universellen) und der spezifischen Dimension in den Menschenrechten angeht, ist ein Kolonialisierungsvorwurf von Seiten orthodoxer Vertreter nur bedingt stichhaltig. Das jüngste Kapitel des kommunistischen Totalitarismus hat mehr als eindeutig gezeigt, wie viel Leid und Ungerechtigkeit im Namen einer einzigen Weltanschauung angerichtet werden

kann. Der Universalitätsanspruch der Menschenrechte basiert nicht auf der Durchsetzung einer neuen Ordnung, egal welcher, sondern besteht in dem Vorhaben, die Würde des Menschen, egal unter welchen Umständen, zu bewahren und zu schützen. Dieses Vorhaben bzw. dieser Fokus auf der Würde des einzelnen Menschen führt dann natürlich folgerichtig und nur indirekt zu einer neuen ordnungspolitischen Realität. Wenn die Freiheit oder die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz einer kulturellen oder spezifisch religiösen Tradition widersprechen, so liegen nicht die Menschenrechte falsch, sondern vielmehr die jeweiligen Strukturen, die auf Unfreiheit und Ungleichheit basieren. Können und dürfen deshalb Unfreiheit und Ungleichheit als nationale oder lokale „Tugenden“ und die Menschenrechte als kolonialistische Gefahr betrachtet werden?

Eine Kritik an die Adresse der Menschenrechte aus orthodoxer Sicht kann dann plausibel und konstruktiv sein, wenn orthodoxe Theologen die Instrumentalisierung der Menschenrechte – auch durch diejenigen, die die Menschenrechte verschmähen, um ihre rechtlich ungedeckte Macht zu sichern – oder eine einseitige Exegese von so manchen Menschenrechtsaktivisten thematisieren würden. Dafür bedarf es aber einer ausgewogenen Herangehensweise und Lektüre, jenseits von Angst oder anderer Komplexen, was bei weitem noch nicht der Fall ist. Leider sind nach 1989 in den meisten osteuropäischen Ländern orthodoxer Prägung die Menschenrechte in einer karikierten Form auf der Bühne erschienen. Anstatt sich nach dem Fall des Kommunismus mit den zu Grunde liegenden Wurzeln des Gedankengutes der Menschenrechte auseinander zu setzen, wurden die orthodoxen Würdenträger und Gläubigen mit Missionsgruppen aus Übersee konfrontiert, welche sich zur Ausübung ihrer Tätigkeiten auf die Menschenrechte beriefen. Weiters wurden oft gesetzliche Änderungen wie die Legalisierung der Abtreibung oder von Homosexualität in der Öffentlichkeit als Umsetzungen der Menschenrechte proklamiert, oder wie in Rumänien oder Bulgarien, als unabdingbare Erfüllung von Vorbedingungen zur EU-Integration präsentiert. Auch Fragen von ethnischen Minderheiten und von kollektiven Rechten wurden in einem menschenrechtlichen Kontext überinterpretiert. Dieses aggressive und oft unangemessene Rekurren auf die Menschenrechte hatte – wie nicht anders zu erwarten – eine ambivalente Rezeption zur Folge hatte, welche bis heute spürbar ist. Ein Unmut über die Menschenrechte prägt immer noch zahlreiche Wortmeldungen kirchlicher Kreise, die dann sogar bereit sind, sich mit jenen politischen Fraktionen zu verbünden, die ebenfalls, wohl aus ganz anderen Gründen, dem Rechtsstaat misstrauisch gegenüber stehen.

Diese Bestandsaufnahme rechtfertigt und motiviert zugleich die Beschäftigung mit dem Thema des Verhältnisses von Menschenrechten und der Orthodoxie. Um es noch einmal zu betonen: Bei der Auseinandersetzung der postkommunistischen Orthodoxie mit den Menschenrechten handelt es sich nicht um einen ideologischen „Zwang“, sondern um eine notwendige Korrektur des Menschenbildes, das der

Kommunismus hinterlassen hat. Ohne diese anthropologische, kulturelle und juristische Korrektur im Menschenbild drohen die meisten Länder und Gesellschaften Osteuropas, unnötig und mit vielen Schmerzen verbunden, weiter Lasten des Totalitarismus über Jahrzehnte mitzuschleppen. Die evidente „Demokratisierungsresistenz“ vieler Kreise in Osteuropa bedarf einer Pädagogik des Guten, die nur dann erfolgreich sein kann, wenn die orthodoxen Mehrheitskirchen mitmachen. Für die orthodoxe Theologie stellen die Menschenrechte keine Gefahr dar, sondern die Chance, die eigenen Werte nun säkular übersetzen zu können und sie dadurch normativ für die Gesellschaft werden zu lassen. Bei aller fundierten Kritik an den Menschenrechten, genauer gesagt: deren Interpretation vor allem und von Auswüchsen im Verständnis derselben, kann die orthodoxe Theologie der Moderne nicht auf konstruktive Weise begegnen, ohne einer ehrlichen Wahrnehmung dieser „einzigen unzweifelhaften kulturellen Innovation des [20.] Jahrhunderts“ (Jürgen Habermas). Dazu darf sich auch eine gar nicht so kleine Portion von Selbstkritik gesellen. Denn all die moralischen Verfehlungen nach dem Fall des Kommunismus dürfen nicht einseitig den Menschenrechten zur Last gelegt werden. Ganz im Gegenteil! Das ethische Defizit in den post-kommunistischen Gesellschaften wurzelt eher im Phänomen des Kommunismus selber, also in einer Periode, die systematisch die Grundrechte der Menschen mit Füßen getreten hat. Die hohe Zahl der Abtreibungen oder der Scheidungen nach 1990 sind nicht unmittelbar von den Menschenrechten als solche verursacht worden, sondern spiegeln die enorme Konfusion wider, die in diesen Ländern Osteuropas herrschte und immer noch herrscht und der auch pastoral nur sehr mühsam zu begegnen ist. Eine saubere theologische und vernünftige Auseinandersetzung mit den Menschenrechten ist aus diesem Grunde eher Teil der Lösung anstatt des Problems.